

Sächsische Staatskanzlei  
Herrn Ministerpräsident  
Michael Kretschmer  
Archivstraße 1  
01097 Dresden

Radeburg, .....Dezember 2024

## **Elternbeiträge für die Kindereinrichtungen unserer Stadt**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Stadtrat der Stadt Radeburg (7.600 Einwohner; Landkreis Meißen) steht in der kommenden Stadtratssitzung vor der Abstimmung über einen Beschlussvorlag der Stadtverwaltung zur „Festsetzung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindereinrichtungen und in Kindertagespflegestellen in der Stadt Radeburg“.

Die darin vorgesehene „Anpassung“ der Elternbeiträge ab dem 1. Januar 2025 (und in zweiter Stufe ab 1. Januar 2025) ist – wie nicht anders zu erwarten – eine deutliche Erhöhung der Beiträge.

***Wir als Radeburger Stadträte werden diesem Vorschlag nicht zustimmen.***

Im Falle des Verzichts auf Erhöhung der Elternbeiträge hat die Stadtverwaltung einen zusätzlichen Aufwand von 112.513,20 Euro errechnet.

***Wir fordern hiermit die Staatsregierung dazu auf, diesen Betrag, dessen Entstehen in derer falschen Politik (fehlende Dynamisierung des Kita-Betriebskostenzuschusses, Kita-Moratorium) liegt, aus Landesmitteln zu finanzieren!***

Begründung:

Familien müssen mittlerweile bis zu 450 Euro pro Kind an Kosten für den Kindergarten einplanen. Für eine Familie mit zwei kleinen Kindern und einem Durchschnittsverdienst stellt sich da unweigerlich die traurige Frage, ob es sich überhaupt noch lohnt, arbeiten zu gehen. Weiterhin entscheiden sich viele jungen Menschen auch wegen der hohen Kosten gegen eigene Kinder.

Die Stadt Radeburg möchte mit ihren Möglichkeiten diesem Trend entgegenzutreten.

Im Koalitionsvertrag von 2019 hatte die sächsische Regierung Beitragsentlastungen für Eltern versprochen. Das neue Kita-Gesetz von 2023 löste dieses Versprechen jedoch nicht. Das Gegenteil ist der Fall.

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag wies unlängst auf diesen Missstand hin:

„Wir lehnen das vom alten Landtag noch hastig beschlossene Kita-Moratorium ab. Die Zahlen des Kultusministeriums bestätigen uns darin. Das Halten aller pädagogischen Fachkräfte im bisherigen Umfang würde allein im Jahr 2025 mehr als 55 Mio. Euro zusätzlich kosten, wozu der Freistaat gerade einmal 14 Mio. Euro beisteuern würde. Den Rest müssten ganz überwiegend die Kommunen und Eltern tragen.“

Und weiter:

„Die Daten des Kultusministeriums zeigen, wie dringend notwendig die den Kommunen schon in der alten Wahlperiode des Landtags versprochene, aber nicht eingelöste Dynamisierung des Kita-Betriebskostenzuschusses ist. Wir brauchen eine faire Lastenverteilung bei der frühkindlichen Bildung. Allenfalls tragen die Kommunen und Eltern die Kostensteigerungen allein.“

Wir bitten vielmals um Ihre Antwort bis zum 21.01.2025, dem Termin der nächsten Stadtratssitzung.

Mit freundlichem Gruß,

(Unterschriftenliste)